Nr. 236 XXVIII. Jahrgang — Freitag, 24. September 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Listen- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.20, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060
Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Vor neuen Unruhen in Oberschlesien?

In einer Uebersicht, die über eine große Zahl von Einzelfällen berichtet, gibt heute Wolffs Bureau den Beweis dafür, daß in Oberschlesien von einer allgemeinen Beruhigung der Bevölkerung immer noch nicht gesprochen werden könne. Im Gegenteil, es laufen fortgesetzt neue Meldungen über Plünderungen, Raub und Mord ein, die auf polnische Uebergriffe zurückzuführen sind. Man hat sogar mit dem erneuten Aufflackern des bewaffneten polnischen Aufstandes in den nächsten Tagen zu rechnen, wie folgende Meldung verkündet:

*** Breslau, 23. September. Infolge der deutschen Enthüllungen über ihre Putschpläne haben die Polen ihr Unternehmen verschieben müssen. Nach neu aufgefundenen Befehlen des polnischen Oberkommandos ist heute mit dem Ausbruche des Aufstandes zu rechnen. Aus den neu in deutsche Hände gelangten Papieren geht hervor, daß auch diesmal der Aufstand in den Kreisen Beuthen, Kattowitz, Tarnowitz, Gleiwitz und Hindenburg seinen Ausgang nehmen soll.**

Wahrscheinlich ist auch auf deutscher Seite bisher manches zur Durchsetzung der gerechten deutschen Forderungen versäumt worden, was nachstehende Nachricht vermuten läßt:

*** Berlin, 23. September. In Oberschlesien gilt trotz aller anderslautenden Meldungen der Rücktritt des Fürsten Hatzfeldt, des deutschen Kommissars für Oberschlesien, gegen dessen Tätigkeit sich in jüngster Zeit die Kritiken häuften, als bevorstehend. Als Nachfolger werden der Zentrumsabgeordnete Graf Praschma, der frühere Oberpräsident von Westfalen Prinz Ratibor und Kammerpräsident Dr. Kleefeld genannt.**

Inzwischen ruhte die Besatzungskommission nicht, um den Deutschen möglichst viel am Zeuge zu flicken. So ist gegen den Hauptschriftleiter der „Ostdeutschen Morgenpost" in Beuthen von den interalliierten Besatzungsbehörden ein Strafverfahren eingeleitet worden wegen eines Aufsatzes, in dem vom Aufenthalte polnischer Truppen auf oberschlesischem Boden, von der Waffeneinfuhr über die Grenze und von der Verbrüderung zwischen Polen und Franzosen die Rede ist.

Der russisch-polnische Krieg

Die Russen berichten: Im Abschnitt Wolkowisk finden Kämpfe statt. In der Nähe des Ortes Smilutsch in Galizien gehen unsre Truppen mit Befehl auf neue Stellungen zurück. Am Dnjestr und an der Küste des Schwarzen Meeres ist die Lage unverändert. Im Abschnitt Alexandrowsk (Krimfront) finden hartnäckige Kämpfe mit der Kavallerie des Feindes statt.

Dieser farblosen Darstellung gegenüber verkündet die polnische Generalstabsbericht eine neue Folge für die Polen günstiger Ereignisse. Es heißt darin: „Unsre Truppen haben auf der ganzen Linie den Abruch erreicht und teilweise überschritten. Die Bolschewisten ziehen sich eiligst zurück, wozu die Bevölkerung Transportmittel liefern muß. In Wolhynien erreichte unsre Reiterei den Horin und nahm Ostrog und Derashnja. Nördlich des Pripjet wuchs unsre Beute in den Kämpfen im Bereiche von Prukhany auf 2350 Gefangene und 15 Maschinengewehre. Weiter nördlich wurden bei Erkundungsausfällen die Ortschaften Kuznica und Kawalwor besetzt und Gefangene gemacht, die die Ankunft neuer Sowjetdivisionen aus der sibirischen Armee an der Niemenfront bestätigen. Die Litauer verstärken ihre Stellungen."

•

Ein Annäherungsversuch Lenins an Japan?

O. E. Helsingfors, 23. September. (Eigener Drahtbericht.) **Aus Wladiwostok hat der Korrespondent des Ost-Expreß via Hongkong eine Telegramm erhalten, das die Mitteilung enthält, Lenin habe durch geeignete Mittelspersonen einen Annäherungsversuch bei der japanischen Regierung unternommen. Die Anregung Lenins geht dahin, im Amur-Gebiet Japan freie Hand zu lassen und Wladiwostok zum Freihafen zu erklären. Ferner bekundet Lenin sein Einverständnis mit der Bildung einer Republik des fernen Ostens. Lenin ist zu diesem Schritt veranlaßt worden durch die Befürchtung, daß Europa den wirtschaftlichen Kampf mit Rußland wieder aufnehmen werde. Er sucht daher nach einer Stütze im Osten. Ferner wird aus Wladiwostok gemeldet, daß Rußland Silbermünzen für den Handel mit dem Osten vorbereite.**

•

Der Kongreß von Baku

Ein bolschewistischer Funkspruch meldet: Lloyd George hat die politischen Verhandlungen mit Rußland abgebrochen und darf sich daher nicht beklagen, wenn sich jetzt eine große Bewegung gegen Großbritannien in Asien ausbreiten wird. Bei der Eröffnung des Kongresses von Baku, der die Delegierten aller Völker des Ostens vereinigte, fand eine Kundgebung gegen die französisch-englischen Imperialisten statt. Der Kongreß beschloß, die unterdrückten Völker des Ostens aufzufordern, den heiligen Krieg zu erklären.

•

Der Arbeitszwang in Sowjetrußland

OE. Petersburg, 23. September. Ein Artikel der „Roten Zeitung" behandelt die Frage des dringenden Arbeitermangels in der Industrie. Es fehlen sowohl gelernte als ungelernte Arbeiter. Sie sind in die Rote Armee abgeflossen, deren Rückgrat sie nun bilden, aber auch infolge von Hunger, Kälte und Wohnungsnot in die Dörfer übergesiedelt. Während des Jahres 1919 hat die Arbeiterzahl in Petersburg und dem dazu gehörigen Gouvernement um 38 v. H. abgenommen. Um diesem Zustande abzuhelfen, hat man zu industrieller Mobilisation der Arbeiter, zu technischer Zwangsausbildung, zum Arbeitszwang zur Holzbeschaffung und Ausladearbeit, zur zwangsmäßigen Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte unter die wichtigsten Betriebe und zur Fesselung der Arbeiter an die Betriebe, denen sie zugeteilt sind, greifen müssen. Diese Maßnahme hat sogar, wie die „Rote Zeitung" schreibt, nicht nur das Mißfallen der „Schieber, Spießbürger und bürgerlichen Ideologen, sondern auch die Unzufriedenheit eines Teiles des Proletariats erregt".

Unruhen in Rom

☞ Rom, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Nach dem Beispiel der Fabrikbesetzung durch die Arbeiterschaft haben Obdachlose unbewohnte oder im Bau begriffene Villen besetzt. Der Polizei gelang es jedoch, die Villen von den Obdachlosen wieder zu räumen. Etwa 20 wurden verhaftet. Angeblich ist von extremen Elementen auch die Besetzung einiger Klöster geplant.

☞ Zürich, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) **Der „Corriere della Sera" vernimmt aus Rom, daß seit gestern abend auf den Verwaltungsgebäuden, den Werkstätten und den Stationen der Bahn Rom—Tivoli die rote Fahne weht. Die Bahn ist in den Händen der Arbeiter. Die Inbesitznahme vollzog sich in aller Ruhe. Die Bahn wird von einer Abteilung Rotgardisten bewacht. Der „Tribuna" zufolge ist die Inbesitznahme dieser Bahn im Einverständnis mit dem Personal der Bahnen in Mailand und Bologna erfolgt und bildet den Auftakt zur Inbesitznahme aller Bahnen in Italien.**

Vor der Brüsseler Konferenz

☞ Paris, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus Brüssel, daß vor der gemeinsamen Sitzung mit den Deutschen eine Sondersitzung der alliierten Delegierten stattfindet, zu der die Deutschen keinen Zutritt haben. Die Beschlüsse der Sondersitzung seien für alle alliierten Delegationen bindend.

Havas meldet weiter: Die französische Delegation für Brüssel ist angewiesen, gegen Besprechungen über eine Stabilisierung des Markkurses Stellung zu nehmen, da diese Frage nicht von dem Beratungsgegenstand in Genf, die Wiedererstattung betr., getrennt werden könne.

☞ Paris, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Der „Eclair" veröffentlicht ein ausführliches Programm der Brüsseler Konferenz. Es werden demnach folgende Punkte zur Diskussion gestellt:

1. betr. die öffentlichen Finanzen: Sind sie im Staatshaushalt auszugleichen durch die Rückzahlung der schwebenden Fonds? Welche Einschränkungen für die Militärausgaben müssen ins Auge gefaßt werden? Welche Einnahmen können durch neue Erhöhungen der Steuern, durch Kapitalabgabe oder durch Zwangsanleihe erzielt werden?

2. betr. die hohen Wechselkurse: Welche Politik muß in bezug auf Gold verfolgt werden? Kann man den Goldwert stabilisieren? Kann man die Elemente der Unbeständigkeit des Wechselkurses unterdrücken? Welche Politik muß in bezug auf die Diskontosätze der Banken verfolgt werden?

3. betr. den internationalen Handel: Welche Aenderungen sind durch den Krieg in der allgemeinen Richtung und in dem Charakter des internationalen Handels eingetreten? Bis zu welchem Punkte sind augenblicklich Ein- und Ausfuhrbeschränkungen wünschenswert?

•

Die Besatzungskosten

× Paris, 23. September. (Havas.) Auf Anfrage eines Senators nach der Höhe der Besatzungskosten im Rheinland und der von Deutschland bisher gezahlten Entschädigung antwortete der Finanzminister, daß die Besatzungskosten bis Ende März 1920 1,8 Milliarden Franken betragen hätten und von Deutschland bis Ende Juli d. J. 1888047245 Mark bezahlt worden seien, was 402 800 580 Franken gleichkomme.

•

Der abgelieferte Schiffsraum

× Paris, 23. September. Nach einer Mitteilung der Wiedergutmachungskommission sind bis zum 15. d. M. von Deutschland insgesamt 1944565 Bruttoregistertonnen Schiffsraum abgeliefert worden.

•

Das Unrecht von Eupen und Malmedy

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, beim Völkerbundsrate gegen die Entscheidung über die Angliederung der Kreise Eupen und Malmedy an Belgien im Hinblick auf die hierbei begangene Verletzung des Art. 204 des Versailler Vertrages Rechtsverwahrung einzulegen.

•

Ein französisches Generalkonsulat in Stuttgart

+ Stuttgart, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die französische Regierung will zur Wiederaufnahme wirtschaftlicher Beziehungen ein Generalkonsulat in Stuttgart errichten. Die Reichsregierung hat die Genehmigung dazu erteilt. Vor dem Kriege war Frankreich in Stuttgart durch einen Konsul und einen Vizekonsul vertreten.

Internationaler Gewerkschaftskongreß

* London, 23. September. An der am 11. Oktober in London angesetzten Konferenz über die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas werden von deutscher Seite der Bergarbeiterführer Huß und verschiedene wirtschaftliche Fachleute als gleichberechtigte Delegierte teilnehmen. Dieser internationale Gewerkschaftskongreß wird sich mit der Erleichterung der internationalen Verteilung von Lebensmitteln, Steinkohlen und Rohstoffen, der Stabilisierung von Währungen und der Sozialisierungsfrage befassen.

•

Die Gewerkschaften von Elsaß-Lothringen

g. Straßburg, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Der Kongreß der Gewerkschaften von Elsaß-Lothringen erklärte sich in seiner Schlußsitzung mit 58 000 Stimmen für die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale. Eine sehr große Minderheit, nämlich 52 000 Stimmen, trat für den Anschluß an die Moskauer Internationale ein.

Der Kampf um den Kartoffelpreis

Mit der herannahenden Haupternte der Kartoffeln setzt auf dem Lebensmittelmarkte ein heftiger Kampf um die Gestaltung des Kartoffelpreises ein, der von der Reichskartoffelstelle seinerzeit in vorläufiger Weise auf 85 M. von vornherein festgesetzt worden war. In verschiedenen Städten Mittel- und Süddeutschlands ist es wegen des Kartoffelpreises schon zu Demonstrationen gekommen, worüber heute wieder folgende Meldungen vorliegen:

+ Magdeburg, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Mehrere tausend Arbeiter demonstrierten gestern auf dem alten Markt gegen die hohen Kartoffelpreise, gegen die Schieber und Wucherer. Die Gewerkschaften wurden aufgefordert, in einen Sympathiestreik zu treten, falls die Eisenbahner sich zu einem Ausstand entschließen sollten. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat nach eingehenden Verhandlungen mit den Vertretern der Gewerkschaften, Kommunalverbänden und der Arbeiterschaft an die Reichsregierung den Antrag gestellt, den Erzeugerhöchstpreis für Kartoffeln auf 70 M. festzusetzen.

Zu ähnlichen Verhandlungen ist es in Thüringen gekommen, worüber heute gemeldet wird:

+ Gotha, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Während der Tagung des Gothaer Bauernbundes kam es zu großen Demonstrationsversammlungen der Arbeiterschaft, die verlangten, daß die Kartoffelpreise 15 M. nicht übersteigen sollten. Die Forderung wurde vom Bauernbund sofort bewilligt.

Weiter liegt zu den Vorfällen im Reiche heute noch folgende offiziöse Auslassung vor: Aus Verbraucherkreisen wird die Befürchtung laut, daß infolge Freigabe der Kartoffelwirtschaft Kartoffeln von den Händlern in größeren Mengen und zu übermäßigen, für den Verbraucher unerträglichen Preisen aufgekauft und ins Ausland verschoben werden. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat daher den Reichsbeauftragten erneut angewiesen, in Verbindung mit dem Reichsverkehrsministerium die Ausfuhrkontrolle wesentlich zu verschärfen. Auch der von den Verbrauchern beklagte Ankauf von Kartoffeln durch Brennereien ist unstatthaft. Ferner ist in weiten Bevölkerungskreisen die Besorgnis entstanden, daß Kartoffeln zu einem für die breite Masse erträglichen Preise nicht mehr auf den Markt kommen, da die Erzeuger an Händler Kartoffeln nicht unter dem Preise liefern wollen, der für die gemäß Verordnung vom 21. Mai 1920 vertraglich sichergestellten Kartoffeln vereinbart ist. Die hieraus sich ergebenden Schwierigkeiten sollen in einer zu Beginn nächster Woche zwischen Erzeugern und Gewerkschaftsverbänden geplanten Besprechung behoben werden. Ein eigenmächtiges Eingreifen in die Transporte muß unter allen Umständen vermieden werden, da hierdurch in den Städten Preistreibereien hervorgerufen und besonders die minderbemittelte Bevölkerung in den Industriebezirken einer gefährlichen Kartoffelnot überantwortet würde.

Demokratentagung in Ulm

+ Ulm, 23. September. (Eig. Drahtbericht.) Die erste Sitzung der Tagung der demokratischen Reichstagsfraktion, zu der fast sämtliche Mitglieder erschienen waren, wurde am Mittwoch vormittag vom Fraktionsvorsitzenden Schiffer durch eine kurze Ansprache eröffnet. Schiffer führte aus: Es ist eine politische Notwendigkeit, erneut zu dem Stellung zu nehmen, was geschehen muß und zu erstreben ist. Wir sind es der Fraktion und der Partei schuldig, daß wir Einigkeit in allen politischen Entscheidungen zeigen. Hierfür sei nicht Berlin, sondern ein Ort geeignet wie Ulm, wo sich weniger eine zentrifugale Kraft geltend macht. Es sei überhaupt dringend notwendig, daß die Partei und insbesondere die Deutsch-Demokratische Partei Fühlung mit Süddeutschland suchen müsse. Dr. Schiffer begrüßte dann noch gesondert das Erscheinen des früheren Vizekanzlers Dr. v. Payer. Da die beiden demokratischen Reichsminister Koch und Geßler erst am Freitag in Ulm sein können, ist die Besprechung der politischen Lage auf diesen Tag verschoben worden. Am Mittwoch sprach Reichstagsabgeordneter v. Siemens als erster Referent über das Sozialisierungsprogramm.

Die Großberliner Stadtratswahlen

* Berlin, 23. September. In der gestrigen außerordentlichen Sitzung der neuen Großberliner Stadtverordnetenversammlung begannen die Wahlen des neuen Magistrats. Die deutschnationalen Mitglieder waren nicht erschienen. Von den Vertretern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten wurde zunächst scharfer Einspruch gegen die Kandidatur Wermuths für den Oberbürgermeisterposten erhoben, weil er sich vollständig in das Lager der Unabhängigen begeben habe. Bei der Abstimmung wurden für Wermuth 107 Stimmen, für den früheren Straßburger Oberbürgermeister Dr. Schwander 50 Stimmen abgegeben. Wermuth ist damit gewählt. Von den übrigen Wahlen sind hervorzuheben die des Prof. Ludwig Hoffmann zum Stadtbaurat für Hochbau und die des Dr. Adler zum Verkehrsbaurat. Die sozialistischen Vorschläge sind, wie nicht anders zu erwarten war, bisher durchgegangen. Heute erfolgt Fortsetzung der Wahlen.

Die Zwangsanleihe

Dem „Vorwärts" zufolge ist die Nachricht, daß die Erhebung einer Zwangsanleihe auf dem Programm des Reichsfinanzministers stehe, unrichtig. Sie sei von ihm nicht vorgeschlagen und vom Kabinett nicht beschlossen worden, sondern werde als letztes äußerstes Mittel in Reserve gehalten. Der Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues soll binnen kürzester Frist zu erwarten sein. Die sozialdemokratische Partei werde ihn aufmerksam prüfen in der Absicht, nicht von vornherein verneinende Kritik zu üben, sondern etwas Positives zustande zu bringen, was der Gesamtheit fromme.

Entweder — Oder

Schluß der Assignatenwirtschaft oder Staatsbankrott

Als vor Jahren die Schuldenlast des Deutschen Reiches, das eine blühende Exportindustrie und hoffnungsvolle Kolonien und einen eigenen Willen besaß, eine Milliarde erreicht hatte, als diese runde Feststellung sich nicht mehr verheimlichen ließ, da herrschte in den Bureaus des Reichsschatzsekretärs und der einzelstaatlichen Finanzminister größte Aufregung. Bebel würde mitten unter sie treten und eine fürchterliche Abrechnung halten. Und diese Abrechnung kam so, wie sie kommen mußte. Wenn man sich heute auf Einzelheiten besinnt, so muß man natürlich daran denken, daß der Kritiker ein Parteikritiker war und als Vertreter einer radikalen Opposition natürlich einseitig urteilte. Aber dem genialen Blick Bebels blieben doch auch grundsätzliche Mängel der Finanzverwaltung nicht verborgen, und wenn er dem Militarismus so viel Schuld gab an der furchtbaren Verschuldung, so vergaß er doch nicht, wie seine so viel weniger begabten Nachfahren, daß auch draußen der Militarismus war und daß man sich wehren mußte, um nicht vom Militarismus der andern an die Wand gedrückt und zerquetscht zu werden. Nur wer ganz kurzsichtig im Hader der Elendgewordenen diese zwangsläufige Entwicklung übersieht, kann noch glauben, das europäische Geschehen, das Weltgeschehen sei im letzten Grunde abhängig gewesen von der Minderbegabung oder Mehrbegabung einiger Minister hüben oder drüben in den feindlichen Lagern.

Aber was uns so nachdenklich macht, wenn wir die Reichstagsdebatten von einst über Finanznöte und Schulden gedenken, das ist die Tatsache: es fehlt der heilsame Schrecken vor der Milliarde. Alles ist abgestumpft durch viel schlimmere Schrecken. Und wie bei einer Katastrophe der Eindruck eines Berichtes sich beim Leser — jeder erfahrene Journalist weiß das — kaum ändert, ob nun von 2000 oder 3000 Menschenleben die Rede ist, so geht es mit der furchtbar wachsenden Milliardenschuld. Ein Menschenleben und seine Bedrohung und sein Verlust packen uns, nahe gesehen, mächtig an. Die eine Milliarde und die Kritik an der Schuldsumme prägte sich ein. Es gab Wirkungen. Es gab Nachdenken. Und nun?

Seit langem wissen wir, daß die Notenpresse Tag und Nacht druckt. Zahlungsversprechungen druckt. Was sind sie wert? Was steht hinter diesen Versprechungen? Bedenkt die große Menge deutscher Menschen, zu was das führen muß? — — Der Reichsfinanzminister hat gestern gesagt, wir müßten zu weittragenden Entschlüssen kommen. Aber wo soll mit diesen Entschlüssen begonnen werden? In den letzten Tagen haben wir immer wieder die ominösen Geräusche der überlasteten Regierungsmaschine gehört. Es hieß, die Lager seien im Reichsfinanzministerium schon heißgelaufen. Und weiter, die neuen Gehaltsforderungen für die Beamten bedingten wieder eine Milliarde, und Herr Wirth glaube diesem Druck mit neuer unendlicher Notendruckerei als gewissenhafter Sachwalter nicht mehr nachgeben zu dürfen. Es wurde offiziös geleugnet, geleimt, gekittet. Aber das eine steht fest: das Elend fängt an der Notenpresse an. Da aber müssen auch die Entschließungen anfangen. Außerdem auch der Mut der Regierenden. Endlich einmal muß gesagt werden, daß wir mit diesem Papiergeldschwindel dem Abgrund zutreiben.

Als Bebel die eine Milliarde kritisierte, da lief dem Sachwalitern von damals ein Schauer über den Leib. Die Neckers und Turgots von heute — es fehlt ihnen die Geschicklichkeit Neckers, und Turgot hatte den Mut der Wahrheit, war ein Volkswirt und ging lieber, als daß er sich an einer falschen Wirtschaft hergegeben hätte — sind gewiß so wenig zu beneiden, wie die um 1780. Aber sie könnten doch, da schon damals alle Fehler demagogischer Treibereien in der Wirtschaft und dilettantischer Zwangswirtschaft und Vogel-Strauß-Politik angesichts furchtbarer Wahrheiten gemacht worden sind, lernen, wie es nicht weiter gemacht werden darf.

Nun hat Herr Wirth zweifellos den allerbesten Willen, und die Art, wie er die Zahlen sprechen läßt, zeigt, daß er der furchtbaren Wahrheit ins Gesicht schaut. Es braucht keiner Finanzwissenschaft, um die schreckliche Wahrheit zu erkennen. Unsre Gesamtschuld beträgt 242 Milliarden. Unsre Schuldzinsen (zu 5 Prozent gerechnet) betragen also 12 Milliarden. Zwölfmal so viel die Schuldzinsen, als damals die Schuldsumme betrug, vor deren Erörterung man sich scheute, obwohl diese eine Milliarde Schuld getragen wurde von einem gesunden, diese 242 Milliarden getragen werden sollen von einem kranken, von fremden Gewalten gepeinigten, von Demagogie und Parteien- und Klassenhaß zerfetzten Deutschland. —

Wenn man nun diese Sätze in der Rede liest: „Man darf sich deshalb nicht verwundern, daß der Reichsfinanzminister der Erledigung der Besoldungsordnung, die neue große, dauernde Lasten bringt, mit allergrößter Besorgnis entgegensieht, vor allem dann, wenn festzustellen ist, daß allein die Reichseisenbahnverwaltung einen Zuschuß von über 16 Milliarden in diesem Jahr erfordert. Das Besoldungsgesetz vom 30. April 1920 erfordert an Grundgehältern, Ortszuschlägen und Teuerungszuschlägen (nach Durchschnittssätzen berechnet) jährlich 9,9 Milliarden. Die Mehrkosten, einschließlich dessen, was die Nationalversammlung noch zugefügt hat, in Höhe von rund 2 Milliarden, betragen 7,8 Milliarden gegenüber der früheren Besoldung" —, wenn man weiter hört, daß allein die strittige Besoldungserhöhung eine neue Vergrößerung der Schuld um tatsächlich 824, eventuell noch 868 Millionen ergeben müßte, so muß man sich fragen, ob die Erfüllung solcher Forderungen den Fordernden überhaupt noch etwas bringt. Etwas andres als papierne Seh-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200924/1